

FAZ, 08.03.2011

### **Petition der Bürger wird "Material" für Beamte**

Bundesregierung sieht im Bahnlärm keine Gefahr für den Welterbe-Status des Rheintals

obo. RÜDESHEIM/BERLIN. Eine Petition gegen den Bahnlärm im Mittelrheintal hat im Berliner Bundestag wenig bewirkt. Der Petitionsausschuss hat sich zwar mit dem Anliegen der "Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn" befasst. Er hat aber weder beschlossen, dem Anliegen abzuweichen, noch entschieden, die Eingabe der Bundesregierung "zur Erwägung" oder gar "zur Berücksichtigung" vorzulegen. Stattdessen endet die Petitionsschrift der Bürger in der Bundeshauptstadt als "Material" für das Bundesverkehrsministerium. Mit diesem Bescheid hat der Bundestag auf Empfehlung des Ausschusses jetzt das Petitionsverfahren abgeschlossen.

In der Begründung heißt es, dass die Stellungnahmen des Verkehrsministeriums zum Anliegen der Bürgerinitiative "nicht zu beanstanden" seien. Das Mittelrheintal stelle schon aus historischer Sicht "einen der wichtigsten Verkehrswege für den kulturellen Austausch zwischen der Mittelmeerregion und dem Norden Europas" dar. Der reguläre Eisenbahnbetrieb sei schon bei der Anmeldung und Anerkennung als Unesco-Welterberegion im Jahr 2002 kein Hindernis gewesen. Die Bahn gefährde daher diesen Status derzeit nicht, und es gebe auch keine besonderen Rechtspflichten für die Eisenbahnunternehmen bei der Verkehrsabwicklung in dieser Region.

Der Bundestag lobt die bisherigen Anstrengungen beim Lärmschutz. In 90 Ortschaften entlang der Strecke zwischen Köln und Wiesbaden seien fast 100 Millionen Euro investiert worden, darunter in 51,3 Kilometer Schallschutzwände. Durch lärmabhängige Trassenpreise werde es in einigen Jahren Anreize für die Eisenbahnunternehmen in die Umrüstung ihrer Wagenflotte geben. Für zusätzliche "innovative Lärmschutzmaßnahmen" stelle der Bund 100 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket 2 bereit.

SPD, Linkspartei und Die Grünen hätte es zwar lieber gesehen, die Petition wäre dem Verkehrsministerium zumindest "zur Erwägung" vorgelegt worden, doch das scheiterte ebenso an der Regierungsmehrheit aus CDU und FDP wie der Wunsch der Grünen, den Petitionstext im Original allen Fraktionen des Bundestags zur Kenntnis zu geben.

Für den Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Willi Pusch, ist das allerdings nicht überraschend. Die Behandlung der Petition sei in Berlin leider nur reine Formsache gewesen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Petitionsausschuss habe keine realistische Chance bestanden, dass das Anliegen am Ende des Verfahrens im Verkehrsministerium hätte berücksichtigt werden müssen.

Nach Ansicht von Karl Ottes (CDU), Welterbe-Dezernent im Rheingau-Taunus-Kreis, bleibt nur noch der öffentliche Protest als Mittel im Kampf gegen den Bahnlärm. Die Vorbereitungen für eine erste Großdemonstration am 7. Mai werde von vielen Kommunen und Kreisen sowie von zahlreichen Bürgerinitiativen am Oberrhein unterstützt. Der Bahnlärmkongress im vergangenen November in Boppard habe die Protestbewegung noch gestärkt. "Wir wollen eine sehr machtvolle Demonstration in Rüdesheim, um die Bundespolitiker in Berlin endlich wachzurütteln", kündigte Landrat Burkhard Albers (SPD) gestern nach einem Gespräch mit Vertretern aus fünf Landkreisen und acht Städten und Gemeinden sowie mehrerer Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm an. Die Forderung der Region sei eindeutig: "Der Güterverkehr muss raus aus dem Rheintal."